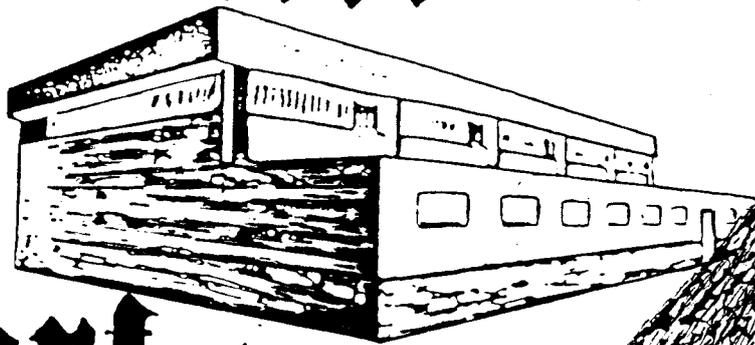
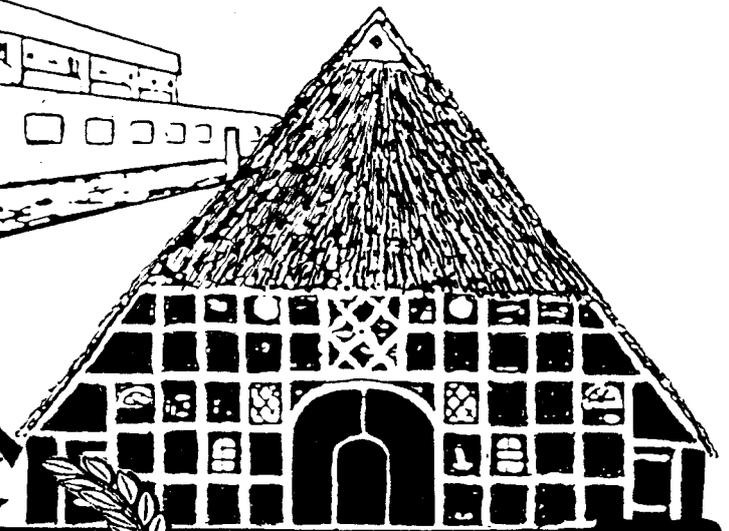


Neuwittenbeker



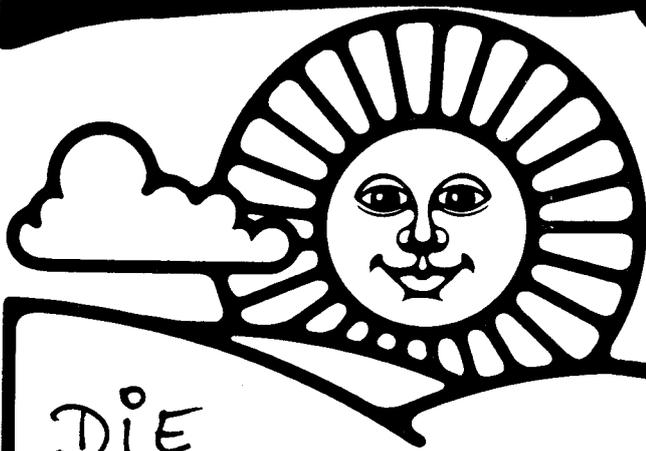
Dorf- Geflüster



Unsere **60.** Ausgabe

Bürgerzeitung für das Gemeindegebiet

12. Jhg. Nr. 2



DIE
REDAKTION
WÜNSCHT
ALLEN LESERN
EINEN SCHÖNEN
URLAUB!

60.

60 Ausgaben - und kein bißchen weise. 12 Jahre ist das Dorf-Geflüster auch erst jung; da dürfen wir schon noch kritisch sein. Aber wer hätte vor jenen Jahren gedacht, daß es uns so lange geben würde.

60 Ausgaben heißt aber auch, mindestens 20.000 mal wurde das Titelblatt 'Neuwittenbeker Dorf-Geflüster' gedruckt. 60 Ausgaben heißt, mehr als eine Viertelmillion bedruckte Seiten wurden verteilt.

60 Ausgaben Dorf-Geflüster bedeuten etwa 1.000 Seiten Text - so viel gab es über Neuwittenbek und seine Einwohner zu berichten. Und der Stoff für viele weitere Artikel ist vorhanden. Lesenswert - wie immer.

Bauschuttdeponie

Ende März trat Landrat Geerd Bellmann vor die Presse. Er erläuterte das Konzept für die Bauschuttentsorgung im Kreise Rendsburg-Eckernförde. Dieses Konzept, basierend auf dem sog. Paulsen-Plan (benannt nach dem Leiter des Amtes für Wasser und Abfall), war zuvor durch den Kreisausschuß einstimmig verabschiedet worden.

Das neue Konzept sieht im Kreisgebiet insgesamt sechs Standorte für Bauschuttdeponien vor: nämlich neben Neuwittenbek auch Gammelby im Norden, Fockbek im Westen, Oldenhütten und Grevenkrug im Süden sowie als Zentraldeponie Alt-Duvenstedt.

Vorgabe aus dem Landesgeneralplan Abfallentsorgung war eine Transportentfernung von jeweils maximal 15 km. Dies, wie auch die Streuung der Standorte lassen den Einzugsbereich der hiesigen Deponie erahnen: die gesamte Halbinsel Dänischer Wohld und angrenzende Teile südlich des Kanals.

Aufgaben der geplanten Anlagen für Bauabfall sollen sein: das Sammeln, Sortieren und Verwerten sowie schließlich die Ablagerung der Reste. Gleichzeitig ist für diese Standorte vorgesehen, pflanzliche Abfälle zu sammeln.

In der Mai-Sitzung der Gemeindevertretung berichtete der leitende Verwaltungsbeamte, daß die Gemeinde Neuwittenbek nunmehr erstmalig wegen der Deponie durch den Kreis angeschrieben worden sei. Und zwar habe der Kreis im Rahmen des Verfahrens über den Flächennutzungsplan die Ausweisung der Deponiefläche angemeldet. Mehr noch nicht. Insbesondere fehlt danach wohl noch eine konkretere Ausgestaltung des Vorhabens.

Wenn das so ist, erscheint das Vorgehen zumindest merkwürdig zu sein: erst wird die Presse informiert - und irgendwann später auch einmal die betroffene Gemeinde. ■

Wer saubermacht, macht DRECK !

In der Bundesrepublik werden jährlich zwei Millionen Tonnen Wasch- und Reinigungsmittel verbraucht. Jeder von uns verbraucht einen Teil davon.

Jede Menge, auch wenn sie noch so gering ist, wird in der Gesamtheit zum Fischkiller. Denn die Putzmittel überdüngen die Gewässer und lassen dadurch die Algen wuchern; diese rauben dem Wasser den Sauerstoff. Die Bewohner des Wasser ersticken in ihrem eigenen Element. ^c

Je mehr wir putzen und reinigen, desto mehr Leben töten wir in unseren Gewässern. Denn unsere Putzmittel enthalten: Phosphate, Tenside, Bleichmittel ...

Wir wollen saubere Autos fahren, die Kinder jeden Tag baden, ein sauberes Badezimmer mit Zitronenduft haben und keine grauen Wäschestücke tragen.

Wir wollen aber auch im Sommer im Meer baden, Fische im Bach angeln, sauberes Wasser trinken ...

Jedem bleibt die Entscheidung, was ihm wichtiger ist!

Beim Putzen sollte aber jeder daran denken, daß es Putzmittel gibt, die unsere Gewässer weniger oder fast gar nicht belasten.

(Auskunft hierzu gibt die Verbraucherzentrale in Kiel) ■



Die ausgebeutete
Kiesgrube

- Standort für eine
Bauschuttdeponie in
unserer Gemeinde?

Die Titelgeschichte unserer letzten Ausgabe war umstritten. Insbesondere wohl die Aufmachung. Erst unmittelbar vor Redaktionsschluß war seinerzeit der Artikel aufgenommen worden, vielleicht also - wegen der Kürze der Zeit - nicht vollendet ausformuliert. Ob nun aber in jener oder einer verbesserten Version - inhaltlich wäre wohl in jedem Falle diese Information von uns gekommen. (Inzwischen wissen wir, daß es sogar Gemeindevertreter gab, die erstmals durch unseren Artikel von dem umstrittenen Sachverhalt Kenntnis erhielten.)
Mit dem Artikel sollte Hans Carstensen nicht

persönlich angegriffen werden. Soweit ein solcher Eindruck entstand, bedauern wir dieses. Im Kern ging es um die Kompetenzverteilung innerhalb der Gemeinde. Leid tut uns auch, daß das Dörpsblatt fälschlicher Weise in die Schußlinie der KN geriet. Hoffentlich verdirbt dies den Kollegen vom Dörpsblatt nicht den erneuten Auflagenstart. Was nach unserer damaligen Titelgeschichte kam, möchten wir neuerlich darstellen. Erst einmal herrschte über Wochen Ruhe. Zur Gemeinderatssitzung im Mai wurde es sichtlich hitziger.

Aus dem Gemeinderat

In die Schlagzeilen geriet Neuwittenbeks Gemeindevertretung. Vielleicht war es zu lange nicht zu harmonisch verlaufen.

Anlaß war ein Antrag der SPD-Fraktion, dem Bürgermeister das Mißfallen für sein Verhalten auszusprechen und ihn wegen mangelnder Information zu rügen.

Mit den Worten "Jetzt kommen wir zu einem traurigen Kapitel" eröffnete der Bürgermeister die Aussprache über den Mißfallensantrag und die Rüge.

Auch vonseiten des Antragstellers wurde dies sogleich als "trauriges Kapitel" bezeichnet. Für seine Fraktion begründete Gemeindevertreter Brandenburg den Antrag. Gleich zu Beginn zeichnete er den Weg auf, über den es nach "Klimmzügen" (KN-Spruch) zur Einigung kam. Jeder könne Fehler machen, noch zumal ehrenamtlich Tätige - müßten nur auch als solche erkannt werden. Die SPD-Fraktion habe, so erklärte Brandenburg, dem Bürgermeister einen Monat Zeit gelassen, sich zu erklären. Erst nachdem nichts erfolgte, sei der Antrag eingebracht worden.

Mit der Beantragung der Baugenehmigung (die inzwischen vorliegt) habe der Bürgermeister seine Kompetenzen überschritten, da die Planungen bislang nicht durch die Gemeindevertretung abgesegnet worden seien. Des weiteren sei der Bürgermeister zu rügen, weil er die Gemeindevertretung während dreier Sitzung nicht über die beantragte Baugenehmigung informierte. (Auch bei der damaligen Mitgliederversammlung der Feuerwehr ist nichts über den laufenden Bauantrag berichtet worden.)

In seiner Erwiderung berief sich der Bürgermeister vorrangig auf die Stellungnahme der Kommunalaufsicht, die sein Vorgehen nicht zu beanstanden hatte.

Verhaltene Unterstützung des Antrags der SPD-Fraktion kam von der WG-Fraktion; Kritik hier insbesondere an der Stellungnahme der Kommunalaufsicht. (Die WG-Fraktion hatte ohnehin beiden anderen Fraktionen vor der Sitzung mitgeteilt, wie sie abstimmen werde.)

In der Sache kam keine Unterstützung des Bürgermeisters von seiner Fraktion. Lediglich Dr. Köhler beteiligte sich an der Aussprache. Er kreidete der SPD deren Stil des Vorgehens an. Dr. Köhler forderte die "Menschlichkeit in der Politik" ein. (Einseitig. Zeitgleich prangte von den Plakatwänden der CDU-Slogan: "Radikale und SPD, Wohlstand ade".) Auch hielt er der SPD den Verstoß gegen diverse Strafvorschriften vor. (Unmut regte sich hierbei im Kreise der Zuhörer.) Keiner folgen mochte ihm, als Dr. Köhler den SPD-Antrag für unzulässig hielt.

Jedenfalls wogte die Diskussion hin und her.

Für den Zuhörer war die Argumentation nur schwer zu verfolgen (wegen verschiedenlicher Bezugnahmen auf diverse Vorgänge). Deutlich war dies insoweit auch am unterschiedlichen Presseecho. "Hans Carstensen handelte korrekt" hieß es in der Eckernförder Zeitung, "Bürgermeister räumte Versäumnis ein" in den KN.

Sichtlich ruhiger wurde es, als Wilhelm Radbruch eine Sitzungsunterbrechung beantragte. Die WG-Fraktion zog sich zurück - wohl um ihr Abstimmungsverhalten abzusprechen.

Zwischenzeitlich liefen die Aktivitäten zwischen den Fraktionen von CDU und SPD.

Nachdem der Bürgermeister die Sitzung fortsetzen ließ, gab er sogleich eine Erklärung ab. Die innerliche Erregung war ihm dabei anzumerken. Die SPD-Fraktion beriet sich kurz, wonach sodann Klaus Stein erklärte, seine Fraktion nehme den Antrag zurück. Klaus Frank kommentierte dies mit den Worten, endlich einmal wieder auf die SPD stolz sein zu können. Auch aus dem Kreise der Zuhörer wurde diese Entwicklung mit Zustimmung aufgenommen.

Der Antrag

Wir - die SPD-Fraktion - hatten den Antrag eingebracht, der sich mit dem Verhalten des Bürgermeisters auseinandersetzte. Nicht aber um die Person des Bürgermeisters ging es. Ziel war vielmehr, das Selbstverständnis der Gemeindevertretung zu verdeutlichen.

Die Gemeindevertretung trifft auf kommunaler Ebene sämtliche Entscheidungen; allein die Vertretung entscheidet, was, wann und wie zu machen (oder zu unterlassen) ist. Das ist das demokratische Grundprinzip.

"Alle Gewalt geht vom Volke aus. Das Volk ... handelt durch seine gewählten Vertretungen ... in den Gemeinden", heißt es in Artikel 2 der schleswig-holsteinischen Verfassung, der Landessatzung. Eine Vielzahl von Vorschriften aus der Gemeindeordnung unterstreicht diese Vorgabe.

Im Klartext heißt das: oberstes Organ in den Gemeinden ist die Gemeindevertretung (und nicht der Bürgermeister).

Sicher, es gibt Ausnahmen: die Vertretung kann ihre Entscheidungsbefugnis - im Einzelfall oder generell - übertragen (auf z.B. einen Ausschuß); der Bürgermeister kann bei besonderen Fällen im Vorgriff entscheiden (sog. Eilentscheidung) - benötigt dann aber wieder die nachträgliche Genehmigung der Vertretung.

Aber diese Ausnahmen sind keine Durchbrechungen des Prinzips; es bleibt bei der alleinigen Entscheidungsbefugnis der Gemeindevertretung. Sie trägt auch alleinig die Verantwortung. Wenn die Gemeindevertretung aber die Verantwortung zu tragen hat, muß sie darauf achten, Entscheidungen selbst zu fällen. Sie darf sich die Sache nicht aus der Hand nehmen lassen.

Genau darum ging es!

Das ist wohl auch so in der Gemeindevertretung gesehen worden. Ich hatte den Eindruck, unser Antrag war mehrheitsfähig. Aber nicht jeder Streit muß ausgereizt werden. Nach längerer Diskussion haben wir bekanntlich unseren Antrag zurückgezogen. Der Bürgermeister hatte eingeräumt, nicht ohne Fehler gehandelt zu haben.

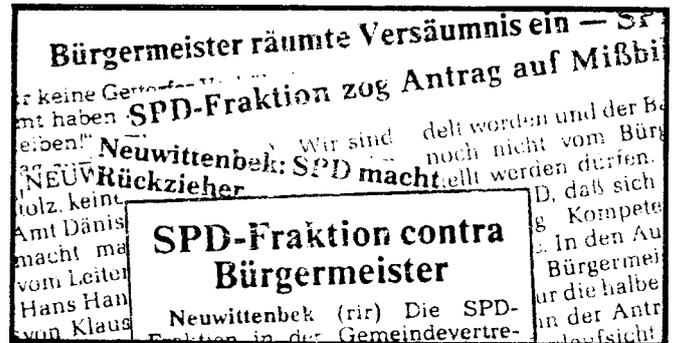
Ich empfand es als gut - das will ich auch besonders betonen -, daß es nicht in eine Sachdiskussion über das Feuerwehrgerätehaus abglitt. Das war nicht Gegenstand der Erörterungen.

Das ist auch von allen beachtet worden.

Es sind aber durchaus Versuche unternommen worden, vom Thema wegzuführen. Als Mittel der Verteidigung mag ein solcher Versuch legitim sein; es nährt aber auch den Verdacht, daß das Problem nicht vollen Umfangs erfaßt wurde.

Wie auch immer - ich glaube, die Gemeindevertretung ist mit gestärktem Selbstbewußtsein aus dieser Auseinandersetzung hervorgegangen.

Klaus Stein



Pressewirbel um die Auseinandersetzung im Neuwittenbeker Gemeinderat über den Antrag der SPD-Fraktion

Die Stellungnahme

Mit einigen Anmerkungen versehen erhielt die Redaktion die bereits öffentlich angekündigte Stellungnahme des Bürgermeisters. "Nach dem geltenden Presserecht erwerbe" er den Abdruck in unserer 60. Ausgabe. Nach Presserecht sind wir zum Abdruck nicht verpflichtet. Trotzdem, wir verstehen Presse als einen Austausch von Meinungen und veröffentlichen daher Hans Carstensen's Stellungnahme.

"Wir sind alle als ehrenamtliche Vertreter gewählt und bereit, für die Gemeinde tätig zu sein. Arbeit für die Gemeindevertretung heißt, nicht nur in Ausschüssen und Gemeinderatssitzungen lange Reden zu führen, sondern Beschlüsse umsetzen. Es ist sinnvoller, sich konstruktiv zu beteiligen bei wichtigen Entscheidungen, die in der Gemeinde Neuwittenbek bisher gefallen sind bzw. noch fallen müssen, als durch formelle Anträge, die ins Leere gehen und durch Publikationen, die nicht stimmen, das politische Klima zu vergiften."

So weit die Stellungnahme von Hans Carstensen. Seine Darstellung möchten wir mit keinem weiteren Kommentar versehen.

Die Kommunalaufsicht

Eine entscheidende Rolle spielte bei den Beratungen über den Mißfallensantrag die Stellungnahme der Kommunalaufsicht des Kreises. Der Bürgermeister berief sich hierauf. Die SPD-Fraktion ignorierte sie gänzlich.

Worum ging es dabei? Die Kreiskommunalaufsicht hatte sich - auf Anregung der SPD-Fraktion - mit dem Entscheidungsprozeß in der Neuwittenbeker Gemeindevertretung zu befassen.

Es gibt bislang zwei Entscheidungen der Gemeindevertretung in dieser Sache. Die Erste datiert unter dem 30.11.1987:

"Es soll durch Umbau und Anbauten (Nebenträume) des Raiffeisengebäudes ein neues Feuerwehrgerätehaus geschaffen werden. Die Planung soll bis Oktober 1988 abgeschlossen sein, damit 1989 mit dem Bau begonnen werden kann."

Die zweite Entscheidung ist vom 27.06.1988:

"Architekt Wulf Herrmann erhält Auftrag für die Architektenleistungen für den Umbau und für die Erweiterung des neuen Feuerwehrgerätehauses (Gebäude ehemals Raiffeisenbank.)"

Mehr gibt es nicht.

Der aufmerksame Zuhörer der Gemeinderatssitzungen wird dies bestätigen können.

Der aufmerksame Leser der beiden vollständig hier abgedruckten Beschlüsse wird noch mehr feststellen. Augenfällig ist, daß keinerlei konkrete Planung vom Gemeinderat abgesegnet wurde. Weder zur Bauart (ob es ein Holzschuppen oder ein Steinbau wird). Noch zur Größe des Objekts (dreigeschossig oder weniger - Unterstellplätze für drei Fahrzeuge oder mehr).

Selbst die Zeitangaben in den Beschlüssen sind nur vage. Planungsende soll im Oktober 1988 sein, war die Vorgabe des Ge-

meinderats. Dies, damit 1989 mit dem Bau begonnen werden kann. Von einem Baubeginn noch in diesem Jahr spricht derzeit aber niemand mehr.

Trotzdem kommt die Kommunalaufsicht des Kreises - wie uns der Bürgermeister mitteilte - zu dem Ergebnis, daß der Gemeinderat "mit der Entscheidung vom 27.06.1988 über die Beauftragung des Architekten Herrmann bei gleichzeitiger Kenntnisnahme und damit Billigung des Vorentwurfs umfassend und ausreichend am Entscheidungsprozeß ... beteiligt worden" sei. Seitens der SPD-Fraktion wurde uns bestätigt, daß mittlerweile eine weitere Stellungnahme der Kreiskommunalaufsicht mit gleicher Tendenz vorliege.

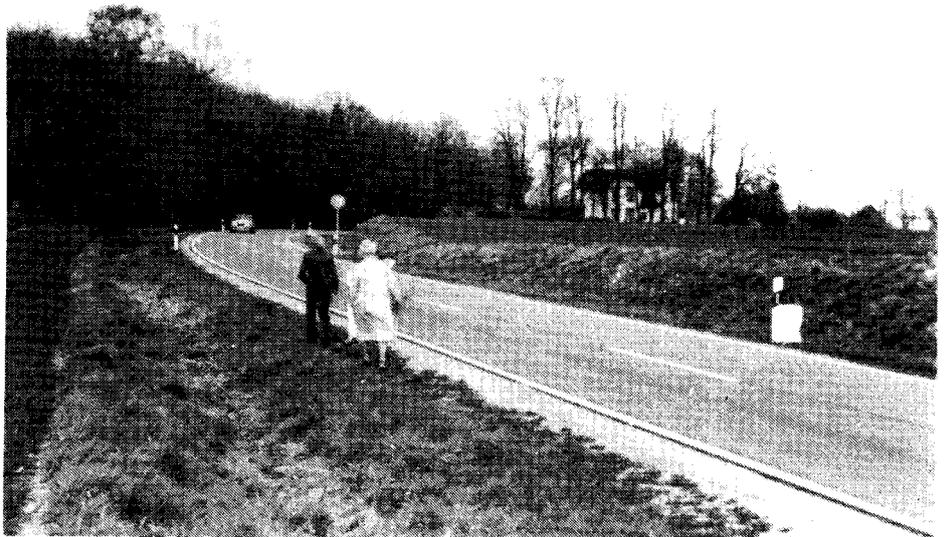
Der Beschlußwortlaut gibt natürlich eine solche Beurteilung nicht her, wie jeder nachlesen kann. Wie kommt dann die Kommunalaufsicht zu einer solchen Beurteilung? Wir haben bei Gemeindevertretern nachgefragt.

Danach ist im Rahmen der Beratung über die Auftragsvergabe an den Architekten auch der aktuelle Planungs- bzw. Verfahrensstand dargestellt worden. Hieraus schlußfolgert die Kommunalaufsicht, daß ein konkreter Vorentwurf seitens der Gemeindevertreter zur Kenntnis genommen wurde - und weitergehend damit sogar von der Gemeindevertretung gebilligt worden sein soll.

Zweifel an einer solchen Argumentation wurden deshalb auch in der Gemeinderatssitzung laut. Auf unsere verwunderte Nachfrage ist uns von Gemeindevertretern sogar mitgeteilt worden, daß im Sitzungsprotokoll vom Juni 1988 weder das Wort "Kenntnisnahme", noch "Vorentwurf", noch "Bauentwurf" unter diesem Beratungspunkt aufgeführt ist; noch nicht einmal das Wort "Entwurf" taucht danach auf.

Bei der Informationspflicht hatte die Kommunalaufsicht eine Bewertung offengelassen; es müsse der Gemeindevertretung überlassen bleiben, ob sie sich ausreichend informiert fühle.

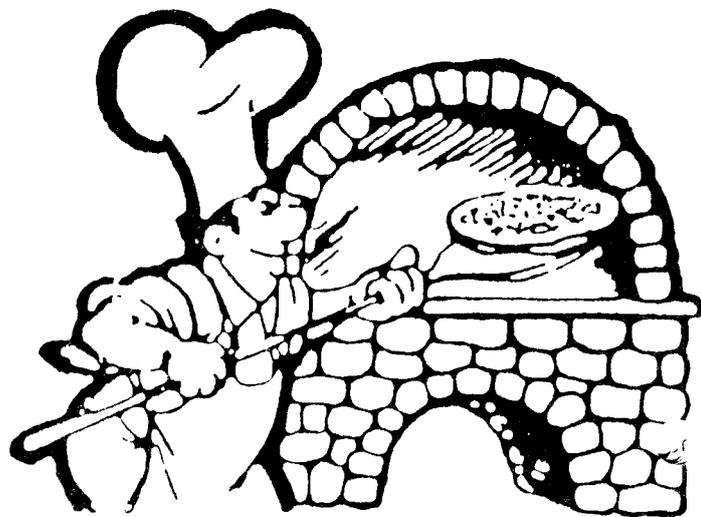
Noch immer müssen Fußgänger zwischen Landwehr und Warleberg vorsichtig am Straßenrand gehen. Wann kommt endlich der Rad- und Fußweg?



Henninger -Bräu Pizzeria Kneipe

2303 Gettorf, Kieler Chaussee 8

Telefon (04346) 6504



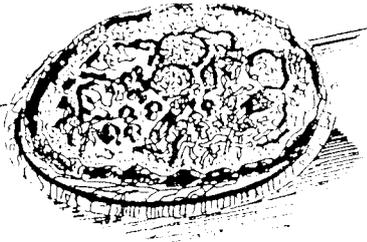
Pizza

1	Käse, Tomaten	7,00
2	Käse, Tomaten, Zwiebeln	8,50
3	Käse, Tomaten, Pilze	6,50
4	Käse, Tomaten, Salami	7,00
5	Käse, Tomaten, Salami, Champignons	7,50
6	Käse, Tomaten, Schinken	7,50
7	Käse, Tomaten, Salami, Schinken	8,00
8	Käse, Tomaten, Schinken, Champignons	8,00
9	Käse, Tomaten, Schinken, Champignons, Artischockenherzen	9,00
10	Käse, Tomaten, Hackfleisch, Paprika, Zwiebeln	8,50
11	Käse, Tomaten, Thunfisch, Zwiebeln	8,50
12	Käse, Tomaten, Thunfisch, Zwiebeln, Krabben	9,50
13	Käse, Tomaten, Thunfisch, Krabben, Muscheln	10,50
14	Käse, Tomaten, Champignons, Broccoli, Artischockenherzen	8,50
15	Wunschkpizza	11,00

Extras zur Pizza:

Peperoni	0,50
Kapern	0,50
Champignons	1,00
Artischockenherzen	1,50

Oliven	0,50
Käse	1,00
Schafskäse	1,50



Teigtaschen

16	Tomaten, Pilze, Broccoli, Artischockenherzen	8,50
17	Tomaten, Hackfleisch, Schafskäse, Zwiebeln	8,50
18	Tomaten, Giros, Zwiebeln	9,00

Küche : Täglich von 18.00 bis 23.00 Uhr
Freitag von 18.00 bis 24.00 Uhr

Fladenbrote

19	Käse, Tomaten, Salami, Zwiebeln	7,00
20	Käse, Tomaten, Schinken, Zwiebeln	7,00
21	Käse, Schinken, Ananas	7,50
22	Käse, Tomaten, Thunfisch, Zwiebeln	7,50
23	Käse, Tomaten, Salami, Zwiebeln, Schafskäse	8,50
24	Käse, Tomaten, Schinken, Zwiebeln, Schafskäse	8,50
25	Tomaten, Giros, Krautsalat	8,50
26	Tomaten, Hackfleisch, Zwiebeln, Schafskäse	8,50

La Flute

27	Käse, Tomaten, Gurke, Zwiebeln	5,50
28	Käse, Tomaten, Salami, Zwiebeln	5,50
29	Käse, Tomaten, Schinken, Zwiebeln	5,50
30	Käse, Schinken, Ananas	5,50
31	Käse, Tomaten, Thunfisch, Gurke	6,50
32	Käse, Tomaten, Thunfisch, Zwiebeln	6,50
33	Käse, Tomaten, Salami, Zwiebeln, Schafskäse	7,50
34	Käse, Tomaten, Schinken, Zwiebeln, Schafskäse	7,50
35	Tomaten, Hackfleisch, Zwiebeln, Schafskäse	8,00

Salate

36	Gemischter Salat	6,00
37	Gemischter Salat mit Schafskäse	7,50
38	Gemischter Salat mit Thunfisch	8,50

Suppen

39	Zwiebelsuppe (überbacken)	4,00
40	Tomatensuppe (scharf)	4,00

Kleine Leckereien

41	Tzatsiki mit Baguette	5,00
42	Käsebrot	7,00
43	Schinkenbrot	8,00
44	Giros, Tzatsiki, Krautsalat, Baguette	9,50
45	Bauernfrühstück mit Schinken	9,00

Alle Gerichte auch außer Haus.

So ist Europa uns sympathisch: sozial und demokratisch.



Tennisanlage 1

Es wird heftig weiterbeschlossen. Auch auf der Mai-Sitzung des Gemeinderats. Für die Altwittenbeker Tennisanlage - ruhend seit 20 Monaten - beschloß der Rat die Einholung dreier Genehmigungen - mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD.

Die sozialdemokratische Fraktion blieb bei ihrer bekannten Position: Bauantrag nur dann, wenn Baubeginn erst nach rechtskräftiger Baugenehmigung ist. Das aber wollen die anderen Fraktionen nicht. Zumindest jetzt noch nicht. Gisela Matte setzte ihrer Ablehnung etwas hinzu; für sie sei mit zusätzlichen Investitionen von 100.000 DM die "Schmerzschwelle" bei der Altwittenbeker Anlage erreicht.

Gleichwie - bislang sind wir mit der stillgelegten Anlage keinen erkennbaren Schritt weiter. Der Spielbetrieb ruht bald zwei Jahre und ein Ende ist nicht absehbar. ■



Mittlerweile sind die Arbeiten an der Teichanlage abgeschlossen - zumindest innerhalb des ersten Bauabschnittes. In die Klärteiche wird inzwischen auch schon eingeleitet.

Tennisanlage 2

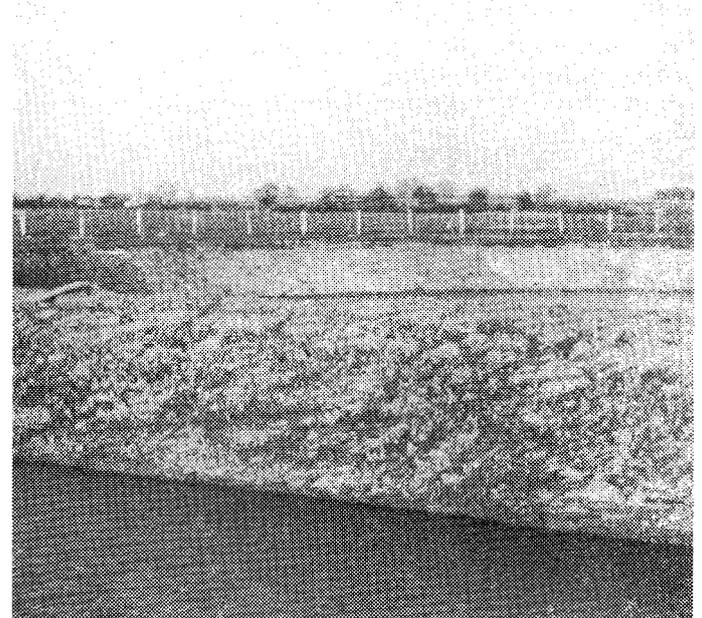
Mit Lärm von Sportstätten haben wir in unserer Gemeinde auch schon bittere Erfahrungen machen müssen.

Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, welches den Sportbetrieb in Wohngebieten wegen des Lärmschutzes erheblich einschränkte, war Auslöser für einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion. Zielvorgabe ist: die Landesregierung soll über den Bundesrat eine Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes erreichen.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Rossmann erläuterte den Antrag seiner Fraktion im April '89. Aufgrund fehlender Normen werde ein Sportplatz von den Gerichten wie ein Gewerbebetrieb behandelt. Also seien neue Normen vom Gesetzgeber zu schaffen. Sport sei ein wichtiger sozialer Faktor und müsse in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten ausgeübt werden können.

Von CDU und SSW kam Unterstützung. Der Antrag wurde einstimmig dem Umweltausschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

Vielleicht spüren wir das Ergebnis dieses Vorgehens auch einmal für die Altwittenbeker Tennisanlage. ■



DRK

+ Der Führungs- (und damit auch Generations-) Wechsel bestimmte die diesjährige Mitgliederversammlung des Neuwittenbeker Roten Kreuzes. Die langjährige Vorsitzende, Frau Irene Schulze, stand für eine Wiederwahl nicht zur Verfügung. Die Nachfolgeregelung war aber schon auf der letztjährigen Versammlung vorprogrammiert worden. Neue Vorsitzende des DRK-Ortsvereins wurde Inge Radbruch. Ihr stehen als Stellvertreterinnen Käte Schröder und Rosi Quander zur Seite. ●

Naturschutzverein

Zwei Pflanzaktionen führten Neuwittenbeks Naturschützer im Frühjahr durch. "So laßt uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen" nach Hoimar v. Dithfurts Bestseller hätte das Motto der ersten Aktion sein können. Im März waren 40 Wildapfel-Plänzchen - verstreut über das gesamte Gemeindegebiet - ausgesetzt worden.

Im April wurde der neue Wanderweg ("An der Feldscheide") begrünt. Neben der Bepflanzung einer Freifläche (mit Haselstrauch, Weißdorn, Hainbuche usw.) setzten die Mitglieder des Naturschutzvereins Weidenstämme ein; daraus sollen Kopfweiden werden. Das setzt zunächst einmal voraus, daß diese Reihenpflanzung im Niederungsbereich des Wanderweges auch anwächst. Eine solche Reihen von Kopfweiden würde sicher in das Bild der Landschaft gut passen. br

Kyffhäuser-Kameradschaft

Ende April tagte der Kreisverband der Kyffhäuser in Owschlag. Hermann Pries aus Neuwittenbek wurde dort zum stellvertretenden Schießwart gewählt.



Das Kreistreffen der Kyffhäuser soll am 16. September in Neuwittenbek stattfinden. ●

Volleyball

Ende April fand das 3. Volleyballturnier des TSV Neuwittenbek statt. Neben drei Neuwit-

tenbeker Mannschaften nahmen auch Teams des Kieler TB und erstmalig des TSV Altenholz teil. Titelverteidiger Mettenhof trat nicht an. Auch die "Krankenpfleger", zu den die Neuwittenbeker traditionell gute Kontakte haben, mußten absagen.

Turniersieger wurden die Altenholzer mit einem hauchdünnen Vorsprung vor dem A-Team des TSV Neuwittenbek, die nun gerade die fehlenden Punkte im Spiel gegen die B-Mannschaft aus Neuwittenbek verloren; fast könnte man geneigt sein zu sagen, die Neuwittenbeker haben ihre Gastgeberpflicht zu ernst genommen.

Der gesellige Teil kam gleichwohl nicht zu kurz: Kaffee und Kuchen am Nachmittag, die Gulaschsuppe zum Abschluß. Die beiden Auswärtsmannschaften sagten auch schon für das nächstjährige Turnier zu. bb

NDR  DAS BESTE AM NORDEN

Knochenbruchgilde Neuwittenbek

In der Woche nach Pfingsten beging Neuwittenbeks Knochenbruchgilde ihre diesjährige Feierlichkeit, im Jahr nach dem großen Jubiläum. Beim Fischwerfen, Knobeln und Schießen (um wertvolle Preise) konnte das Können unter Beweis gestellt werden. Trotz des guten Wetters war bedauerlich, daß immer weniger Bürger aus dem Gemeindegebiet teilnahmen.

Am Abend kamen die Tanzfreudigen auf ihre Kosten. Mit Spannung wurde in der Gastwirtschaft 'Zur Linde' die Bekanntgabe des Königspaars erwartet. Als Königin wurde Ilse Krabbenhöft geehrt; der Altwittenbeker Detlef Jensen errang den Titel des Gildekönigs. Mit rund 50 Gästen feierte das neue Königspaar noch lange in dieser Nacht. ●

Kuddel-Muddel-Turnier

Das diesjährige Kuddel-Muddel-Turnier der TSV-Tennispartie - traditionell zur Saisonöffnung - fand bei optimalen Bedingungen Ende April statt. Rund 20 Tennisspieler hatten sich eingefunden. Sportwart Harri Winde und Getränkewart Michael Klawitter hatten schon an den Tagen zuvor den reibungslosen Ablauf der Sportveranstaltung vorbereitet. Zum Abschluß konnten sich die Teilnehmer an einer gutgedeckten Kaffeetafel stärken. ●

Knochenbruchgilde Landwehr

Anfang Juni feierte auch die Knochenbruchgilde Landwehr ihr Fest - wie immer im Gasthaus Landwehr. Majestätenpaar 1989 sind Gisela Dasenbrok und Sönke Petersen. ●

Kyffhäuser-Ausflug SPD-Ortsverein

Das schöne Wetter scheinen die Kyffhäuser-Kameraden für ihren Himmelfahrts-Ausflug gepachtet zu haben. Bei strahlendem Sonnenschein führte die diesjährige Busfahrt in den Sachsenwald, nach Aumühle, wo das Bismarck-Museum besichtigt wurde. Danach ging die Fahrt weiter nach Vierlanden, den Blumen- und Gemüsegarten Hamburgs. Die Teilnehmer waren beeindruckt von den riesigen Flächen mit Frühbeeten und Gewächshäusern.

Nach dem Mittagessen ging die Fahrt weiter elbaufwärts in Richtung Lauenburg und dann durch die Lauenburgische Seenplatte nach Wotersen, wo in der umgebauten Gutsscheune von "Schloß Guldenburg" zum Kaffeetrinken eingekehrt wurde.

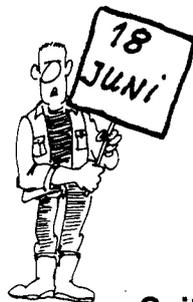
Weil es die 10. Fahrt war, die Hans Carstensen ausgearbeitet und organisiert hat, wurde ihm von Fritz Jochimsen mit einem Geschenk gedankt.

Feuerwehr macht 2. Platz

Beim Amtswehrfest in Felm konnte die Mannschaft der Neuwittenbeker Wehr bei der Orientierungsfahrt unter 18 gestarteten Löschgruppen den 2. Platz belegen - wie immer ein ausgezeichnetes Ergebnis.

Schützen holen Pokal

Beim 31. Schützenfest des Gettorfer Schützenvereins gewannen die Altersschützen des TSV Neuwittenbek im Luftgewehrschießen den Pokal. Im Kleinkaliberschießen mußten sie sich mit einem Ring Unterschied zum Sieger mit dem undankbaren 2. Platz begnügen.



Eine turnusmäßige Mitgliederversammlung führte der SPD-Ortsverein Ende Mai im Gasthaus Pieper in Landwehr durch. Bei den Themen ging es unter anderem um die Europawahl, die Beitrags- und Gebührensatzung für die zentrale Ortsentwässerung, Vorbereitungen für die Kommunalwahl 1990 und um die Planung eines SPD-Sommerfestes.

SPD SPD SPD

SPD-Verbund

Zu einer Sitzung des SPD-Verbundes Dänischer Wohld, einem Zusammenschluß aller SPD-Ortsvereine aus dem Dänischen Wohld, trafen sich Vertreter der Ortsvereine mit Kreistagsabgeordneten und Mitgliedern des Kreisvorstands im Gasthaus Pieper in Landwehr.

Es wurde über Einzelheiten der geplanten Änderung der Gemeindeordnung diskutiert. Die SPD-Landesregierung verfolgt damit das Ziel, einerseits die Rechte der Gemeindevertretung zu stärken und andererseits dem Bürger mehr Beteiligung an der Kommunalpolitik zu ermöglichen.

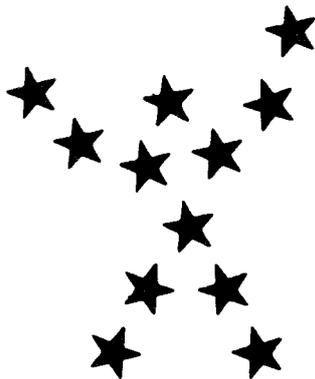
Ein anderes wichtiges Thema der Versammlung war die Verbesserung der Schülerbeförderung und des öffentlichen Personennahverkehrs im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Gesamtschule in Kiel-Friedrichsort für Schüler aus dem Dänischen Wohld.

Gilde gegen Gilde

Das traditionelle Pokalschießen zwischen den beiden Knochenbruchgilden Landwehr und Neuwittenbek konnte in diesem Jahr die Gilde Landwehr für sich entscheiden. Sie gewann mit 13 Ringen Vorsprung. Die Gilde Neuwittenbek hatte nicht genügend Mitglieder für ihre Mannschaft auf die Beine bringen können und mußte mit nur 10 Mann antreten. Der Wettkampf um diesen Pokal steht jetzt ausgeglichen 3:3.

Erfolgreiche Schützen

So erfolgreich waren die Schützen der Kyffhäuser-Kameradschaft noch nie. Beim Kreisvergleichsschießen in Osdorf belegten sie in allen Disziplinen, an denen sie mit einer Mannschaft teilnahmen, d.h. in fünf Disziplinen, den 1. Platz. Die Senioren (ab 55 Jahre alt) und die Veteranen (ab 65 Jahre alt) konnten sich außerdem für die Teilnahme am Landesvergleichsschießen qualifizieren. Dies fand am 3. Juni in Ostenfeld statt, und hier waren die Ergebnisse wieder so gleichmäßig gut, daß beide Mannschaften sogar die Qualifikation für das Bundesvergleichsschießen schafften. ●



SOZIALDEMOKRATEN FÜR EUROPA

IMPRESSUM

Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung unserer Redaktion dar. Diese behält sich vor, Artikel sinngemäß zu kürzen. Anonym eingesandte Artikel können in keinem Fall abgedruckt werden.

Jahrgang 12 Ausgabe 60 2/1989

Herausgeber: SPD-Ortsverein Neuwittenbek
Redaktion: Jochen Habeck (V.i.S.d.P.)
Wilfried Johst
Volker Weber
Michael Klawitter

Anschrift: Hauptstraße 11, Neuwittenbek
Anzeigen: Michael Klawitter

Bölskamp 6, Neuwittenbek

Druck: Eigendruck

Auflage: 440

Vorsicht
Gift



Sind wir denn noch zu retten ?

Rettet die Nordsee! Schützt die Nordsee! Die Meere sollen leben! ... Diese und ähnlich lautende Slogans beherrschten in den vergangenen Monaten unser Umfeld. Umweltschützer, Bürgerinitiativen, Kurverwaltungen oder gar Supermärkte riefen zum umweltverträglichen Handeln auf, um der Meeresverschmutzung Einhalt zu gebieten. Informationsbroschüren sowie Flugblätter wurden reichlich angeboten, damit die Verbraucher ihr Konsumverhalten entsprechend gestalten können.

In Rundfunk und Fernsehen, in Zeitungen und Illustrierten und sogar in unserem Dorf-Geflüster gab und gibt es noch Öko-Tips, um die einfachsten Maßnahmen zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen. Man sollte glauben, daß diese Informationsflut im positiven Sinne Früchte tragen und ein sensibleres Umweltdenken vorhanden sein würde.

Und doch gibt es Bürger, wie auch in unserer Gemeinde, die Unkrautvernichtungsmittel einsetzen, um ihren Garten "sauber zu halten".

Um es noch einmal zu sagen: Unkrautvernichtungsmittel belasten wie die Insektengifte den Boden, das Grundwasser, die Flüsse und dann die Meere. Sie töten nicht nur vor Ort, sondern u.a. auch das Leben im Wasser, wie das der Robben. Auf diese Gifte sollte verzichtet werden, um die Meere zu retten. Denn letztlich retten wir uns damit selbst. PS: Es gibt auch umweltverträgliche Alternativmittel - so z.B. bei den Insektengiften. Bitte bei dem Kauf danach fragen. Auskunft erteilt auch der BUND (0431/673031). ●

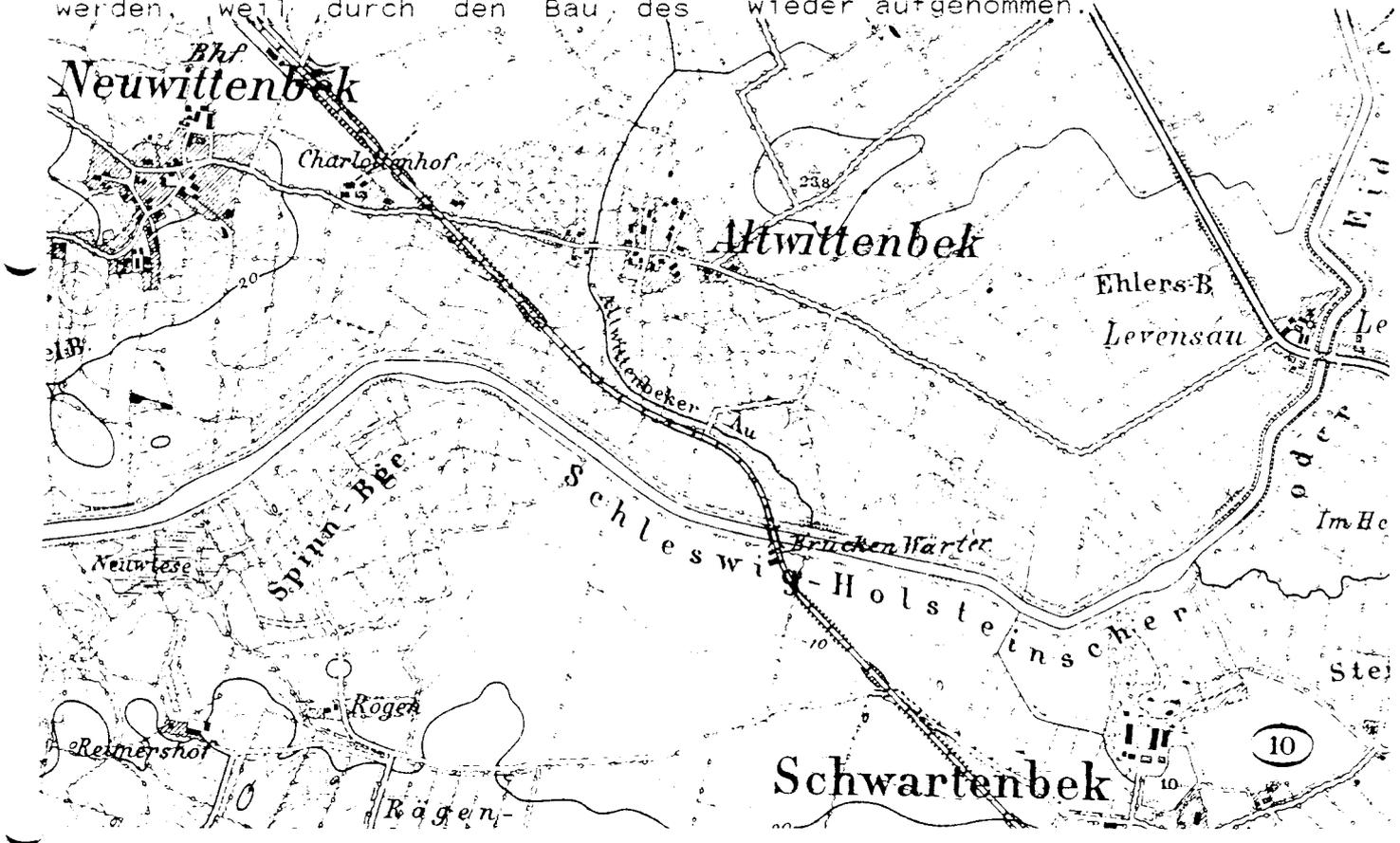
Vor 110 Jahren Baubeginn für die Eisenbahnlinie Kiel - Flensburg

Am 21. April 1879 - so überliefert es uns die Schulchronik - begannen in Neuwittenbek die Bauarbeiten für die Eisenbahnlinie Kiel-Flensburg. Zwei Jahre später wurde die Strecke dann in Betrieb genommen. Bereits nach ungefähr zehn Jahren mußte der Betrieb aber wieder eingestellt werden, weil durch den Bau des

Nord-Ostsee-Kanals die Trasse unterbrochen wurde.

Aus der untenstehenden Karte, einem Ausschnitt aus der 1. topographischen Landkarte von 1879, in die die Bahnlinie nachträglich eingezeichnet worden ist, kann man den alten Trassenverlauf mit der Brücke über den alten Eiderkanal gut erkennen.

Anfang 1895, ungefähr ein halbes Jahr vor der Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals, wurde bereits der Bahnbetrieb auf der neuen Trasse über die Levensauer Hochbrücke wieder aufgenommen.



**Stell Dir vor,
es ist Europawahl, und nur die
Rechten gehen hin.**

Wir sind Europa.

SPD

Am 18. Juni SPD wählen.

Aus der SPD-Kreistagsfraktion

Gleichstellungsstelle auf Kreisebene in greifbare Nähe gerückt

Nachdem die CDU-Kreistagsfraktion sich jahrelang gegen unseren Vorschlag, beim Kreis eine Gleichstellungsstelle für Frau und Mann einzurichten, gewehrt hat (zweimal wurden unsere Anträge abgelehnt), scheint man sich bei den Unionschristen eines besseren besonnen zu haben. Woher dieser Sinneswandel kommt, läßt sich sicherlich leicht erklären: in Scharen laufen der CDU die WählerInnen davon, und die nächste Kommunalwahl steht vor der Tür! Der SPD-Kreistagsfraktion kann das Umschwenken der CDU nur recht sein, weil es uns um die Sache geht.

Für die nächste Kreistagssitzung, die von uns als Sondersitzung beantragt wurde, liegen nun zwei Anträge auf dem Tisch, einer der CDU und einer von der SPD, die sich nur auf den ersten Blick ziemlich ähnlich sind. Wenn man beide Anträge genauer vergleicht, stellt man sehr schnell fest, daß inhaltlich erhebliche Unterschiede bestehen. Fordert die CDU eine "Frauenbeauftragte", so möchten wir eine Gleichstellungsstelle für Frau und Mann.

Da es sich bei dieser Aufgabe um einen Bereich mit einem hohen Anforderungsprofil handelt, kommt es uns darauf an, daß die Stellen personell erstklassig besetzt und damit auch besoldet sein müssen. Es müssen der Gleichstellungsstelle besonders weitgehende Rechte eingeräumt werden, damit sie effektiv und wirkungsvoll arbeiten kann.

Dazu gehört nach unserer Auffassung u.a., daß jederzeitige Teilnahme und Rederecht in Ausschußsitzungen gewährleistet ist, daß das Büro dem Landrat direkt unterstellt ist und den Status eines Amtes bzw. einer Abteilung erhält, daß selbständig und unzensuriert Presseerklärungen an die Öffentlichkeit gegeben werden können und daß eine generelle Akteneinsicht gestattet wird.

Viele dieser Forderungen sind im CDU-Antrag nicht bzw. nur "schwammig" enthalten. Hinzu kommt, daß die CDU der Meinung ist, daß mit der Einrichtung eines Büros für Frauenfragen, die bereits bestehenden Gleichstellungsstellen bei den Städten überflüssig werden. Dieser Auffassung sind wir ganz und gar nicht. Im Gegenteil, die SPD ist der Meinung, daß Gleichstellungsstellen beim Kreis, bei den Städten und größeren Gemeinden erst zusammen das bewirken können, was uns am Herzen liegt: Chancengleichheit für Frau und Mann konkret verwirklichen. Ob dies auch das Motiv der CDU ist, wagen wir zu bezweifeln. Viel eher neigen wir dazu, den jetzigen Vorstoß der CDU als ein wahltaktisches Manöver anzusehen. Warten wir die Diskussion im Kreistag ab!

Nachtrag der Redaktion: Wie nicht anders zu erwarten war, ist in der Kreistagssitzung der Antrag der SPD abgelehnt, und der Antrag der CDU beschlossen worden.



Ist die Europawahl wichtig oder: Europa - nein danke

Was soll die Europawahl? Ist sie überhaupt wichtig? Betrifft sie mich? Diese oder ähnliche Fragen hat sich so mancher in den letzten Tagen gestellt.

Die Bedeutung der Europawahl ist auf den ersten Anblick nicht so klar auszumachen, nicht so wie bei anderen Wahlen, die Jahr um Jahr anstehen. Kommunal-, Landtags- oder gar Bundestagswahl sind gängig, deren Bedeutung in aller Regel klar. Man kennt die Zusammensetzung der Parlamente, weiß um die Aufgaben der Mandatsträger.

Die Zusammensetzung des Europäischen Parla-

ments und die Aufgaben der Gremien bleiben nebulös. Jenes Parlament scheint nicht die Bedeutung für uns zu haben, dessen Beschlüsse nicht den unmittelbaren Einfluß wie vergleichbare Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene. Doch von Wahl zu Wahl, von Jahr zu Jahr ändert sich das. Erinnern wir uns:

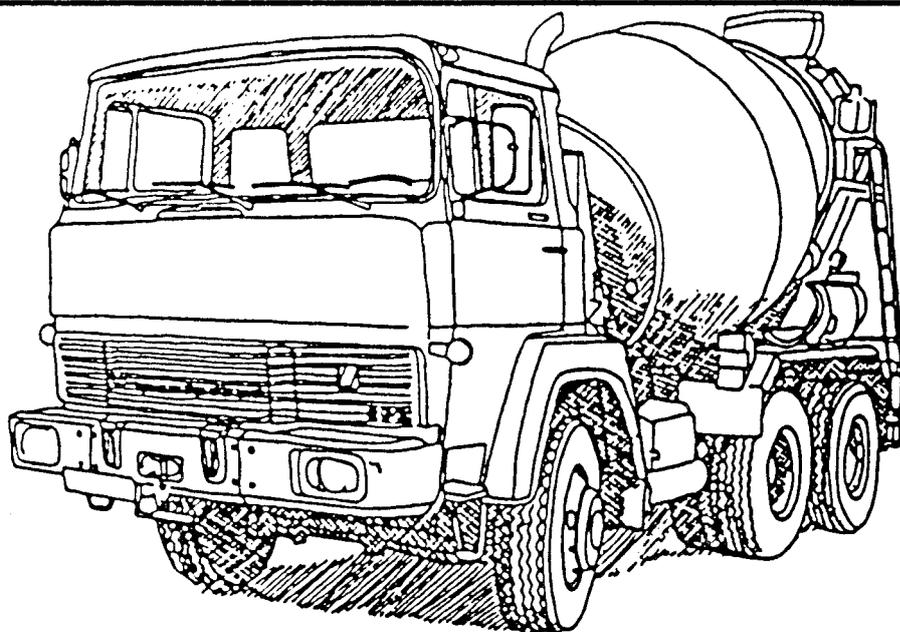


Es gibt eine Reihe von europäischen Entscheidungen, die für jeden Einzelnen von uns von Bedeutung sind - egal ob als Arbeitnehmer oder als Verbraucher oder als Autofahrer oder als Urlauber oder als ... Also hat Europa doch eine Bedeutung, ist die Europawahl also wichtig. Denn wir wählen die Abgeordneten, die unsere Interessen vertreten sollen. Deshalb nicht vergessen am 18. Juni 1989: wählen gehen! Damit die Zukunft nicht an uns vorbeigeht und unsere Interessen zurückbleiben. Übrigens: die Wahllokale haben am Wahltag bis 21.00 Uhr geöffnet.

**ALLE
EUROPÄER
SIND
AUSLÄNDER
FAST ÜBERALL**



Es gibt bereits eine Fülle von europäischen Entscheidungen, die uns direkt betrafen. So z.B. die Auseinandersetzung um das deutsche Reinheitsgebot beim Bier oder die Vermarktung von bestrahltem Gemüse und Obst - kürzlich die Diskussion um die europäische Abgasnorm ... oder die Nordseeschutzkonferenz.



KLA~~U~~ITTER
TRANSPORTUNTERNEHMEN
Neuwittenbek

Wasser marsch

Endlich ist der Sommer da. Temperaturen im Mai wie sonst nur im Hochsommer. Wenn überhaupt. Vielleicht wird's nun endlich unser Jahrhundertssommer.

Der bringt aber auch Probleme mit sich - und zwar die Trockenheit. Im Mai hatten die Landwirte schon Sehnsucht nach Regen. Ist auch verständlich. Denn der Landwirt lebt vom Ertrag - und der ist witterungsabhängig. Zu viel Regen ist nicht gut. Zu viel Trockenheit aber auch wieder nicht. Die Natur - oder besser: das Wetter - macht es uns Menschen aber auch nie Recht.

Kein Wunder. Denn der Mensch lebt nicht nach den natürlichen Bedingungen - sondern die Natur hat sich nach seinen Bedürfnissen zu richten. Leider mit wenig Erfolg.

Aber bei Trockenheit können wir nachhelfen. Mit künstlicher Bewässerung. Das kostbare Naß wird dann aus Brunnen und Leitungen auf die Felder gepumpt.

Die Gartenbesitzer haben ähnliche Probleme.

Auch hier wird kostbares Leitungswasser eingesetzt, um den Garten mit Feuchtigkeit zu versorgen. Aber nicht um das wirtschaftliche Überleben des Gartenbesitzers zu garantieren, sondern um den Garten für das Auge hübsch zu halten. Ein brauner, verbrannter Rasen sieht ja schließlich auch nicht gut aus. (Was werden da nur die Nachbarn sagen?)

Hier sollte man sich aber fragen, ob das notwendig ist. Denn der Rasen erholt sich nach langer Trockenheit beim ersten Regen rasch wieder.

Jeder sollte genau abwägen, was notwendig ist und welche Wassermenge angebracht ist. Denn das Wasser ist zu kostbar, um einfach verschwendet zu werden. Unser Grundwasser ist und bleibt knapp; es wird immer weniger. Zur Zeit sind die Kosten für Wasser noch erschwinglich. Doch sollte es knapper werden, werden auch die Kosten steigen. Wie bei allen lebensnotwendigen Gütern, die nicht unbegrenzt vorhanden sind.

Zum Schluß sei angemerkt, daß aufgefangenes und gespeichertes Regenwasser dem Garten et-
gut tut.

Veranstaltungskalender Neuwittenbek III/1989 (Korrekturen vorbehalten)

Datum	Uhrzeit	Veranstaltungsart/Veranstalter	Veranstaltungsort/Treffpunkt
1. Juli	14.00	Naturschutzverein Neuwittenbek: Bau einer Steinschüttung an der Warleberger Au	Warleberg
1. Juli		Seniorenendpeltturnier	Tennisanlage
5. oder 6. Juli		Seniorenausflug der Gemeinde Neuwittenbek	
8. Juli	14.00	Fest der Wählergemeinschaft	Hof Radbruch, Neuwittenbek
7. bis 9. Juli		Tennisdoppelmeisterschaften	Tennisanlage
12. Aug.	9.00	Seniorentennisturnier von TCA und TSV Neuwittenbek	Tennisanlage
31. Aug.	19.30	Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Neuwittenbek	Gaststätte 'Zur Linde'
29. Aug. bis 3. Sept.		Schützenwoche des TSV Neuwittenbek, Schützensparte	
2. Sept.	20.00	Schützenfest	Gaststätte 'Zur Linde'
6. Sept.		Seniorenausflug des DRK-Ortsvereins Neuwittenbek	
8. bis 10. Sept.		Tennis-Vereinsmeisterschaften	Tennisanlage
10. Sept.	11.00	Frühschoppen des Naturschutzvereins	Gaststätte 'Zur Linde'
16. Sept.		Kyffhäuser-Kreistreffen in Neuwittenbek	
21. Sept.	20.00	Herbstsingen/Teeabend des Mütterkreises	Andachtsraum (Schule)
22. Sept.		Vogelschießen	Schule Neuwittenbek
26. Sept.	19.00	Laternenumzug	Schule Neuwittenbek

In unserer Ausgabe Nr. 58 berichteten wir über das Ende der sog. Hand- und Spanndienste in Neuwittenbek, welches 30 Jahre zurücklag. Hier stellen wir die damalige Entwicklung der Jahre 1957/58 noch etwas genauer dar. In einem weiteren Bericht werden wir diese Naturaldienste beschreiben.

Hand- und Spanndienste

Hand- und Spanndienste "sollen die Leistung öffentlicher Abgaben einer Bevölkerung erleichtern, die - jedenfalls zu gewissen Jahreszeiten - über die Arbeitskraft von Menschen und Zugtieren verfügt, ohne diese für die eigenen wirtschaftlichen Bedürfnisse zu verwerten, ohne sie in Geld umsetzen zu können", stellte das Bundesverwaltungsgericht Ende 1955 fest (Schl.-HA 1956, 154); es hielt diese Dienste für zulässig, wenn sie als herkömmlich angesehen werden können. Das Gericht stellte dann klar: "Sofern und solange in einer Gemeinde die Erwerbspersonen in ihrer Mehrzahl in der Landwirtschaft tätig sind, werden Hand- und Spanndienste als herkömmlich angesehen werden können. Wenn... weniger als die Hälfte der Erwerbspersonen einer Gemeinde in der Landwirtschaft ihren Unterhalt findet, können dagegen Hand- und Spanndienste regelmäßig nicht mehr als herkömmlich angesehen werden."

Der schleswig-holsteinische Innenminister wies in dem Runderlaß 'Durchführung von Hand- und Spanndiensten' (v. 7.2.1956 - I 32 a 555 - Amtsbl. Schl.-H. 1956, 84) besonders auf diese Entscheidung hin. Zwar erlaube § 68 I des Kommunalabgabengesetzes die Heranziehung der "Steuerpflichtigen durch Gemeindebeschluß zu Naturaldiensten (Hand- und Spanndiensten)"; dies müsse aber mit den Grundrechten vereinbar sein. Deshalb gelte es die Voraussetzungen an der bundesgerichtlichen Entscheidung zu überprüfen. (Das heutige Kommunalabgabengesetz des Landes Schleswig-Holstein erlaubt die Hand- und Spanndienste ohnehin nicht mehr.)

Neuwittenbeks Gemeindevertretung erkannte, daß sie mit dem Grundsatzbeschluß vom 10. Februar 1930 ("betr. Hand- und Spanndienstordnung") nicht mehr arbeiten könne. Bürgermeister August Johst legte deshalb eine Mustersatzung im September 1957 zur Beschlußfassung vor. Da die Gemeinde davon ausging, "daß die Mehrzahl der Erwerbspersonen der Gemeinde Neuwittenbek in der Landwirtschaft tätig sei", wurde die Satzung mehrheitlich beschlossen. In gleicher Sitzung legte sogleich auch die Gemeindevertretung dem Gut Warleberg als Hand- und Spanndienst die Knickrodung an einer Gemeindestraße auf.

Für die schon beschlossene Satzung versagte jedoch die Kommunalaufsicht des Kreises Eckernförde bereits Anfang Oktober 1957 die

erforderliche Genehmigung. Die Gemeindevertreter erhielten stattdessen einen überarbeiteten Satzungsentwurf, von dem sie in der Januar-Sitzung des Jahres 1958 nur Kenntnis nahmen.

Am 13. März 1958 beriet die Vertretung dann neuerlich die Naturaldienste. Amtsschreiber Friedrich Jochimsen wies ausdrücklich auf die Rechtslage hin und gab dazu eine vom Amt Neuwittenbek durchgeführte Zählung bekannt, wonach "in der Landwirtschaft tätig 36,4 % in Gewerbe-oder sonstigen Betrieben tätig 63,6 %" waren. Die Gemeindevertretung wußte sich nicht anders zu helfen, als die Beschlußfassung einstweilen zurückzustellen. Zur Gemeinderatssitzung am 18.11.1958 erschien auch Kreisamtmann Plöger; er erläuterte neuerlich die Rechtslage. Im Protokoll heißt es dann weiter: "In der Gemeinde Neuwittenbek wird es niemals möglich sein, auf Grund der bestehenden Satzung vom 10.2.1930 Steuerpflichtige zu Hand- und Spanndiensten zu zwingen. Es wurde daher mit 8 gegen 1 Stimme die Aufhebung dieser Satzung beschlossen. Weiter wurde beschlossen, in Zukunft die Hand- und Spanndienste auf freiwilliger Basis durchzuführen."

Im September 1958 modifizierte das Landesverwaltungsgericht in Schleswig die vorerwähnte Entscheidung des Bundesgerichts: "Waren Hand- und Spanndienste in einer Landgemeinde in der Vergangenheit üblich, so sind sie regelmäßig als herkömmlich anzusehen, ohne daß es auf die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen entscheidend ankommt. Dieser Grundsatz gilt nur dann nicht, wenn sich die soziologische und wirtschaftliche Struktur der Gemeinde so wesentlich geändert hat, daß die bisherige Homogenität der dörflichen Bevölkerung verloren gegangen ist" (Schl.-HA 1959, 60). Auch nach Veröffentlichung dieser Entscheidung schien Neuwittenbek keinen neuen Ansatzpunkt hierin zu sehen, die Hand- und Spanndienste erneut aufleben zu lassen; jedenfalls sind diese Naturaldienste in den folgenden Jahren nicht wieder Beratungsgegenstand in der Gemeindevertretung gewesen. Letztlich ist dieses auch verständlich; denn tatsächlich hatte sich in jenen Jahren die "soziologische und wirtschaftliche Struktur" Neuwittenbeks geändert - zunehmende Bautätigkeit durch Hinzugezogene ließ "die bisherige Homogenität der dörflichen Bevölkerung verloren" gehen.

Bernd Brandenburg

Erforschung und Würdigung der Arbeit schleswig-holsteinischer Frauen der ersten Nachkriegsgeneration

von Ute Erdsiek-Rave, MdL

Vor 70 Jahren wurde das Recht der Frauen zu wählen und gewählt zu werden, in der Weimarer Verfassung verankert. In der Nationalversammlung waren nach der Wahl im Januar 1919 von 423 Abgeordneten 41 Frauen. Erst zwei Generationen später, im Jahre 1983, war der Anteil weiblicher Parlamentarier auf Bundesebene wieder ähnlich hoch.

1920 erhielten Frauen das Promotionsrecht, 1924 wurde die erste Frau zur Richterin ernannt. In der von wirtschaftlichen Krisen, geschüttelten Weimarer Republik verschoben sich die Aktivitäten politisch engagierter Frauen immer stärker auf sozialpolitische Anliegen. Marie Juchacz, Sozialdemokratin, Mitbegründerin der Arbeiterwohlfahrt und erste Frau, die in einem deutschen Parlament eine Rede hielt, nannte damals die Wohnungsfrage, die Volksgesundheit, die Jugendpflege, die Arbeitslosenfürsorge "Gebiete, an denen das weibliche Geschlecht ganz besonders interessiert ist und für welche das weibliche Geschlecht ganz besonders geeignet ist."

In der Ideologie des Nationalsozialismus hatten politisch tätige Frauen keinen Platz. Viele Frauen emigrierten, verschwanden in Konzentrationslagern oder arbeiteten im Untergrund.

Zerstörte Städte, durch Tod, Flucht und Kriegseinsatz der Männer zerrissene Familien, prägten nach dem Ende des 2. Weltkrieges das Leben. Ich zitiere aus dem "Arbeitsblatt für die britische Zone", herausgegeben vom Zentralamt für Arbeit 1947:

"Der Mangel an Arbeitskräften für die vordringlichen gewerblichen Arbeiten ist seit geraumer Zeit Gegenstand der Sorge der Arbeitsämter. Bei der Umschau nach Reserven wird der Blick zwangsläufig auf die Frauen gelenkt."

Die Erweiterung der weiblichen Erwerbsarbeit war also ausschließlich bestimmt durch den Mangel an männlichen Arbeitskräften. Und die von den Besatzungsmächten praktizierte "Arbeitsverpflichtung" der Frauen auf männliche Arbeitsplätze knüpfte zudem noch an die "Dienstverpflichtung" von Frauen in der NS-Zeit an.

Besonders auffallend und die Öffentlichkeit erregend war die Beschäftigung von Frauen auf Bauten. Die "Trümmerfrauen" waren unübersehbar im Straßenbild der Nachkriegsstädte. Die teilweise vehemente Kritik und Ablehnung dieser Art von Arbeit resultierte nicht nur aus der gesundheitlichen Gefährdung, sondern aus dem "unweiblichen Charakter" dieser Arbeit.

Vertreterinnen der Gewerkschaften leiteten zwar aus dem Einsatz und der Bewährung von Frauen auf Männerarbeitsplätzen Forderungen ab, etwa nach der Eröffnung neuer Ausbildungsberufe. In vielen Berufszweigen trafen diese Forderungen aber auf den Widerstand der Berufsorganisationen und auf massive Vorurteile vom "Wesen der Frau", das für derartige Tätigkeiten nur vorübergehend geeignet war. Eine Öffnung des Arbeitsmarktes auf Dauer fand also hier wieder den Anfang.

Das zweite existentielle Problem neben dem ökonomischen Zwang zur Erwerbsarbeit war für die Frauen die Ernährung der Familie unter schwierigsten Versorgungsbedingungen und Wohnungsnot. Schon Ende 1947 hatte die industrielle Produktion in den zentralen Industriezweigen wieder 4/5 der Vorkriegproduktion erreicht. Aber dies wurde erkaufte durch das bewußte Hintansetzen der Grundbedürfnisse. Besatzungsmächte und Verwaltungsbehörden verließen sich da ganz auf den Einfallsreichtum der Menschen, insbesondere der Frauen. Ihre gratis geleistete, höchst intensive Hausarbeit war eine der Grundlagen des wirtschaftlichen Aufschwungs - sowohl vor der Währungsreform als auch noch in den 50er Jahren.

Ich habe versucht, mit diesen Ausführungen die Situation nachzuzeichnen, in der sich die große Mehrheit der Frauen im Nachkriegsdeutschland befand. Die 6 Frauen, die 1947 in den ersten frei gewählten schleswig-holsteinischen Landtag einzogen, die Frauen, die in Städten und Gemeinden anfangen, politisch zu arbeiten, die Frauen in Gewerkschaften und Frauenverbänden, waren von dieser Realität betroffen, durch eigene Erfahrung oder Anschauung. Sie hatten die Nazizeit erlebt, hatten sich in den Untergrund politischer Arbeit begeben oder begannen erst nach dem Krieg, vielleicht geprägt durch diese Erfahrung, politisch zu arbeiten.

In diesem Jahr wird das Grundgesetz 40 Jahre alt. Der Parlamentarische Rat, gebildet aus 64 Männern und 4 Frauen, ist jahrzehntelang bezeichnet worden mit dem Ausdruck "Väter des Grundgesetzes". Erst in den letzten Jahren ist ins Bewußtsein gerückt, daß es den "Müttern", die dabei waren, insbesondere Elisabeth Selbert, zu verdanken ist, daß der Artikel 3,2, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter verankert ist, Bestandteil der Verfassung wurde. Die 40-jährige Geschichte der Bundesrepublik ist von Frauen mitgestaltet worden, aber beschrieben wurde diese Geschichte immer wieder aus männlichem Blickwinkel. Das Buch "Der Schleswig-Holsteinische Landtag - gestern - heute - morgen" würdigt die Arbeit der immerhin 24 Frauen in den ersten 10 Wahlperioden in einem einzigen Beitrag, einem Beitrag der Abgeordneten Margareta Weiß.

Die spezifische Rolle der Frauen im politischen, im öffentlichen Leben nachzuzeichnen, zu erforschen, Zeitzeugen und Zeuginnen zu befragen, solange noch Zeit dazu ist, das ist ein Stück noch nicht geleisteter zeitgeschichtlicher und regionaler Forschung.

Tiefflug kommt vor dem Fall.

Wir sind Europa.

SPD

Am 18. Juni SPD wählen.

30 Millionen DM für die Gemeinden

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden erhalten in diesem Jahr 90 Millionen DM zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse aus dem Kommunalen Investitionsfonds. Mit dem Geld aus der Landeskasse können die Kommunen wichtige Investitionen in Angriff nehmen. Vorrangig gefördert werden die Abwasserbeseitigung, die Wasserversorgung, der Straßenbau, die Erschließung von Gewerbegebieten sowie der Bau von Verwaltungsgebäuden und Feuerwehrgaragehäusern. Über die Hälfte der Gelder fließt in strukturschwache Gebiete und in die kreisfreien Städte. Der Zuschuß für die Fremdenverkehrs- und Naherholungsgemeinden wurde um zwei Millionen auf jetzt sechs Millionen DM aufgestockt. Innenminister Hans Peter Bull wies darauf hin, daß die gesamten Fördermittel für 1989 bereits durch Anträge der Gemeinden belegt seien.

Der 18. Juni ist die letzte Chance, Kohls Europatournee abzublasen.

Am 18. Juni SPD wählen.

SPD